



(Foto: ver.di)



(Foto: ver.di)



(Foto: ver.di)



(Foto: ver.di)



(Foto: ver.di)

die Monate Februar bis Dezember 2013 soll es im Juli eine Einmalzahlung in Höhe von 500 € geben, Teilzeitbeschäftigte erhalten Anteile entsprechend ihres Beschäftigungsumfangs. Ab Januar 2014 sollen dann die Tabellenbeträge des Tarifvertrage einheitlich um 30 € erhöht werden, bei Auszubildenden um 15 €. Der Tarifvertrag soll eine Laufzeit von insgesamt 19 Monaten haben.

„Wir haben das Geld buchstäblich los-eisen müssen. Schließlich haben wir das Pay-Freeze der amerikanischen Regierung, das Einfrieren der Einkommen überwunden. Der Durchbruch war nur möglich, weil viele Menschen engagiert und phantasievoll für diesen Tarifabschluss gekämpft haben.“ so Alexander Brehm, Vorsitzender der Bundesfachgruppe SSK.

BUNDESWEITE KONVERSIONSKONFERENZ IN MAINZ

Keine Zweiklassengesellschaft bei sozialer Konversion!

In Mainz führte die ver.di Bundesfachgruppe Stationierungstreitkräfte (SSK) gemeinsam mit Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz die erste bundesweite Konferenz zum Thema Beschäftigungskonversion mit 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch. Anlass: Die besorgniserregende Beschäftigungsentwicklung bei den Gaststreitkräften. Allein in Rheinland-Pfalz gingen seit den 80er Jahren 16.000 Arbeitsplätze verloren und der Personalabbau ist noch lange nicht zu Ende, wie die Sparbeschlüsse in den Entsendestaaten zeigen.

Eine Vielzahl an Arbeitsplätzen wird abgebaut und steht dauerhaft dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung. Die Dienststellen sind häufig im strukturschwachen Raum angesiedelt und die

Folgen für die betroffenen Menschen wie auch für die ganze Region sind bedrohlich. Durch das NATO Truppenstatut sind die Rechte der ArbeitnehmerInnen und deren Vertretungen sehr eingeschränkt. Anders als in der Privatwirtschaft ist die Forderung und Durchsetzung eines Sozialplanes nicht möglich.

Gegenüber der städtebaulichen, wirtschaftsförderungs- und wohnungsbaupolitischen Konversion spielt die Beschäftigungskonversion häufig nur eine untergeordnete Rolle. Dabei entscheidet die Perspektive der vom Truppenabzug betroffenen Zivilbeschäftigten und ihrer Familien mit darüber, ob und wie in der Region die Konversion positiv gestaltet und als Chance genutzt werden kann. Standortaufgaben bedeuten für

die betroffenen Regionen sowohl wirtschafts- als auch arbeitsmarktpolitisch eine besondere Herausforderung, die eine Beteiligung aller betroffenen Akteure und entsprechende politische Unterstützung erfordert (z. B. Konversionskabinett Rheinland-Pfalz).

Eröffnet wurde die Konferenz im Schatten des Mainzer Doms von Alexander Brehm, Vorsitzender der Bundesfachgruppe SSK. Er konnte u. a. Gustav Herzog, MDB begrüßen. Der Abgeordnete für Kaiserslautern, der im Bundestag den Arbeitskreis der vom Truppenabzug betroffenen Wahlkreise unterstrich die prekäre Situation. Achim Meerkamp vom ver.di Bundesvorstand referierte zum Thema ABZUG zukunftsorientiert GESTALTEN und der Oberbürgermeister der Stadt Zwei-



brücken Kurt Pirmann stellte das Konversionsmodell Flughafen Zweibrücken vor. Am Nachmittag berichtete Thomas Warth, ver.di Bundesfachgruppe und langjähriger Betreuungssekretär am Schwerpunkt Westpfalz seine Erfahrungen aus zwanzig Jahren Konversion in Rheinland Pfalz. Die Vertreter der großen Hauptbetriebsvertretungen Helmut Pemsel, HBV USAREUR (US Army), Klaus Niehaus, HBV HQ BFG (Briten) und Thomas Meschkat - HBV USAFE (Airforce) stellten die derzeitige Situation eindringlich dar und berichteten aus ihrer täglichen Arbeit bei den Streitkräften.

Zum Abschluss der Konferenz zog Michael Peters, ver.di Fachgruppenleiter SSK in Berlin das Fazit aus vielen Diskussionsbeiträgen und formulierte folgende Forderungen auf:

1. Es müssen in allen Bundesländern auf allen Ebenen die politisch verantwortlichen aufgefordert werden soziale Konversion zu unterstützen.
2. Alle Zivilbeschäftigten brauchen frühzeitige Qualifizierungen vor Aussprache der Beendigungskündigung. Hier darf es keine Zweiklassengesellschaft geben.
3. Dabei geht es um: Profiling, Qualifizierung, Zertifizierung bzw. Formalisierung von im Berufsleben erworbenen Fähigkeiten, Entwickeln einer beruflichen Perspektive, Vermitteln auf freie Stellen bei SSK und im öffentlichen Dienst.
4. Tarifvertraglich vereinbarte Transfergesellschaften für ALLE



(Foto: Rüdiger Mosler)

ver.di werde als Interessenvertretung der betroffenen Beschäftigten aktiv, um gemeinsam mit anderen Akteuren in der Region die Konversion positiv mit zu gestalten (z. B. ver.di-Gemeinschaftsprojekt zum Truppenabzug der britischen Streitkräfte in Niedersachsen und NRW)

ver.di werde sich für die tarifvertragliche Absicherung des Instruments der Beschäftigten und Qualifizierungsgesellschaften (BQG) einsetzen, die Beschäftigungsgesellschaften sollen dabei zukünftig so früh wie möglich tätig werden können, um eine zügige und zielgerichtete Vermittlung zu ermöglichen.

Michael Peters bedankte sich zum Schluss bei allen HelferInnen die zum Gelingen

der Konferenz beigetragen haben und schloss die Konversionskonferenz.

von: *Jürgen Dehnert / Michael Peters*

Diese Konferenz wurde unterstützt durch:



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAPHIE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
V.i.S.d.P. Achim Meerkamp
Mitglied des Bundesvorstandes
Fachbereich Bund + Länder
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

REDAKTION

Michael Peters
Danny Prusseit
Jens Weidt

REDAKTIONSANSCHRIFT

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Fachbereich Bund + Länder
Paula-Thiede-Ufer 10 | 10179 Berlin
Tel (0 30) - 69 56 - 21 15
Fax (0 30) - 69 56 - 35 51
redaktion.bul-journal@verdi.de

GESTALTUNG

Toni Polkowski
www.fksd-design.de

DRUCK

alpha print medien AG, Darmstadt

BILDNACHWEISE

Titelseite: Ronny Keller